

## Offener Brief: Reaktion auf FPÖ Falschmeldung

(Wien, 25. Juni 2020)

Sehr geehrter Herr Walter Rauch,

Wir beziehen uns in diesem offenen Brief auf Ihre Aussendung mit der klingenden Überschrift [“Himmelfahrtskommando ohne Hausverstand!”](#)

Nach einigen Diskussionen, haben wir entschieden zu Ihrer obigen Falschmeldung Stellung zu beziehen. Speziell, da Sie uns mangelndes Demokratieverständnis vorwerfen, möchten wir Ihnen gerne das Gegenteil beweisen und einen offenen und faktenorientierten Informationsaustausch anbieten. Offen gesagt, sind wir uns nicht sicher, ob Sie die Forderungen des Klimavolksbegehrens bereits gelesen haben, oder absichtlich mit Falschmeldungen um Aufmerksamkeit ringen. Gerne möchten wir Ihnen unsere Forderungen erklären, sollten Sie diese selbst nicht lesen wollen.

**Behauptung Ihrerseits:** *“Die Tatsache, dass eine Pflicht zum Klimaschutz in der Verfassung verankert werden soll, bezeugt, dass künftig jedes Vorhaben dem Klimaschutz untergeordnet werden muss. Die Demokratie bleibt dabei nur in Spurenelementen erhalten.”*

**Klarstellung:** Wir fordern die verfassungsrechtliche Verankerung des Klimaschutzes als ein **Grundrecht**. Das bedeutet nicht “unterordnen”, sondern zentral MITdenken. Die Tatsache, dass Klimaschutz hier eine starke Rolle bekommt, hebt [alle anderen demokratischen Grundrechte](#) nicht aus, sondern ergänzt diese. Oder meinen Sie nicht, dass die kommenden Generationen und die Menschen, die heute schon massiv betroffen sind (Stichwort: Ernteausfälle, Waldsterben, Schäden durch Extremwetter) ein Recht darauf haben, dass der Staat seinen Klimaschutzverpflichtungen nachkommt? Wenn wir kein Grundrecht auf Schutz vor der Klimakrise/Eindämmung der Folgen haben, sind alle anderen Grundrechte in Gefahr: die Klimakrise ist schon jetzt eine Krise der Grund- und Menschenrechte. Die Eindämmung der Klimakrise ist also vielmehr eine Voraussetzung für eine langfristig funktionierende Demokratie!

**Behauptung Ihrerseits:** *“Wenn ein ominöser ‚Klimadienst‘ oder ein ‚Klimarechnungshof‘ entscheiden, ob ein Gesetz beschlossen werden darf oder nicht, ist das eine Aushöhlung der Demokratie.”*

**Klarstellung:** Der Klimarechnungshof hätte, genauso wie der normale Rechnungshof, **weder gesetzgebende noch rechtsprechende Kompetenz**. Und Sie würden den Rechnungshof wohl hoffentlich auch nicht als “Aushöhlung der Demokratie” bezeichnen? Der Klimarechnungshof würde per Gesetz (das demokratisch beschlossen wird) ins Leben gerufen und hat wie der Rechnungshof gesetzlich beschränkte Prüfungskompetenzen und zwar betreffend Fakten (und nicht Gesetze) in dem Fall der Einhaltung [eines CO<sub>2</sub>-Budgets](#). Als Nachhilfe bedeutet das: er prüft keine Gesetze, das macht der VfGH und erlässt auch keine Gesetze, das macht das Parlament. So viel zum demokratiepolitischen Verständnis.

Der Klimarechnungshof soll nach unseren Forderungen “die Einhaltung des CO<sub>2</sub>-Budgets prüfen, offenlegen und bei Verfehlung Empfehlungen für zusätzliche Maßnahmen aussprechen.” Verpflichtend fordern wir hier also lediglich, dass regelmäßige, wissenschaftsbasierte Prüfungen von einem unabhängigen, nicht weisungsgebundenen Gremium stattfinden, die Ergebnisse transparent offengelegt und Empfehlungen ausgesprochen werden. Schließlich möchten Sie doch sicher auch wissen, ob unsere Steuergelder zielgerichtet und effizient eingesetzt und Maßnahmen effektiv gestaltet werden, um eben genau das zu tun, was Sie uns absprechen – Klimaschutz mit Hausverstand. Zusätzlich soll bei allen Gesetzen und Verordnungen eine “wissenschaftliche und transparente Folgenabschätzung für Klima-, Umwelt- und Artenschutz durchgeführt werden.” (=Klimacheck).

**Behauptung Ihrerseits:** “Die Forderungen nach Klimasteuern bedürfen eigentlich keines weiteren Kommentars. Wer in Zeiten der Corona-Krise und Massenarbeitslosigkeit neue Klimasteuern fordert, handelt fernab der Realität – wir lehnen neue Steuern ab.”

**Klarstellung:** Wir fordern keine “zusätzlichen Steuern”, sondern eine ökosoziale Steuerreform, mit Betonung auf SOZIAL und REFORM. Sofern richtig umgesetzt, [steigt damit die Abgabenquote nicht](#), da das eingenommene Geld wieder direkt an die Bürgerinnen und Bürger rückvergütet wird (z.B. Entlastung Faktor Arbeit, Klimabonus etc.).

Es soll dadurch ein Lenkungseffekt ermöglicht werden, welcher klimaschonendes Handeln/Wirtschaften fördert bzw. vergünstigt und klimaschädigendes unattraktiver macht. Ein Beispiel: Produkte mit kurzen Transportwegen, sowie jene, die nach hohen Umwelt-Standards produziert werden, werden damit potentiell günstiger, als importierte oder nicht klimafreundlich hergestellte Produkte. So sollen sich auch geringverdienende Personen ein klimafreundliches Leben leisten können und gleichzeitig unsere regionale Wirtschaft gefördert werden. Wie eine [Anfrage an den Budgetdienst](#) letztes Jahr zeigte, würden im Schnitt einkommensschwache Haushalte sogar profitieren.

Parallel dazu soll auch nicht nur das Steuersystem ökosozial umgestaltet werden, sondern wir fordern auch, dass der Staat klimaschädliche Subventionen (also Förderungen) von fossilen Energien ([lt. WIFO ca. 4-5 Mrd. jährlich](#)) stoppt, und stattdessen in klimafreundliche Energie, Mobilität, Sanierung etc. Investiert und auch leistbar für alle macht.

Von diesen Investitionen können auch gerade geringverdienende Haushalte profitieren: eine Sanierung reduziert langfristig die Energierechnung und auch der Ausbau von öffentlichem Nah- und Fernverkehr ist eine soziale Maßnahme, denn gerade das untere [Einkommensquintil besitzt überdurchschnittlich oft kein Auto](#).

**Behauptung:** “Einzig die Forderung nach einem vollständigen Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs ist begrüßenswert, aber auch fernab der Realität. Es gibt nämlich zahlreiche Regionen in Österreich, in denen ein voller Ausbau aufgrund der Topographie nicht vollends umzusetzen ist. Ein möglicherweise angedachter Öffi-Zwang ist zudem strikt abzulehnen“



**Klarstellung:** Wir treten für die Förderung von leistbaren und klimaschonenden Mobilitäts-Alternativen ein: “Es muss schlussendlich allen Menschen möglich gemacht werden, klimafreundlich unterwegs zu sein.” D.h. die Menschen müssen die Wahl haben sich klimafreundlich von A nach B zu bewegen. Derzeit haben viele diese Möglichkeit nicht. Der öffentliche Verkehr ist hier zentral, aber wie wir schreiben: “Emissionsfreie Mobilität **braucht viele Lösungen:** den Ausbau und die Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs, klimafreundliche Fortbewegungsmittel und leistbare Alternativen für alle Regionen”. Hier meinen wir vor allem auch [Alternativen für ländliche Regionen](#), die nicht an den Zug oder Bus angebunden werden können: [Rufbusse](#), [Sammeltaxis](#), [Sharing-Konzepte](#) und [Förderung der aktiven Mobilität](#).

Sollten Sie nun doch hellhörig geworden sein und sich etwas näher mit den Forderungen auseinandersetzen wollen, empfehlen wir Ihnen folgenden Link mit ausführlicheren Details:

<https://klimavolksbegehren.at/forderungen/>

Gerne laden wir Sie zu einem sachlichen Fachaustausch ein, empfehlen jedoch für das nächste Mal sich zunächst mit den Inhalten und Fakten auseinanderzusetzen.

Hochachtungsvoll,

Das Klimavolksbegehren Team

**P.S.:** Eine wichtige Information am Rande: An der Ausarbeitung unserer Forderungen waren eine Vielzahl an Wissenschaftler\*innen, Fachexpert\*innen, Jurist\*innen und unterschiedliche NGOs beteiligt. Diesen Menschen Expertise abzusprechen wäre absurd. Als exemplarischer **Qualitätsnachweis:** Der Vorstand des österreichischen Klimaforschungsnetzwerks [CCCA](#) [unterstützt ausdrücklich unsere Forderungen](#).

## **Zum Klimavolksbegehren:**

Die Eintragungswoche des Klimavolksbegehrens ist vom 22.-29. Juni. Als unabhängige Stimme fordert das Klimavolksbegehren gemeinsam mit BürgerInnen und anderen Organisationen die Politik auf zu handeln – für eine lebenswerte Zukunft. Mittlerweile gibt es über 1000 Menschen in allen Bundesländern, die sich für das Klimavolksbegehren engagieren. Unsere Forderungen haben wir gemeinsam mit ExpertInnen aus der Klimawissenschaft, Umwelt-NGOs und anderen Organisationen ausgearbeitet.

Mehr dazu finden Sie auf unserer Website: [www.klimavolksbegehren.at](http://www.klimavolksbegehren.at)

## **Pressekontakt:**

Mag. Kathrin Resinger, MA  
Klimavolksbegehren | Leitung Presse  
+43 (0) 677 63 751 340  
[k.resinger@klimavolksbegehren.at](mailto:k.resinger@klimavolksbegehren.at)